

# BEWERTUNG KOALITIONSVERTRAG

DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER

DIE JUNGEN  
UNTERNEHMER

## Koalitionsvertrag im Bereich „Energiepolitik“

Beim Themenkomplex Energie & Klima weigert sich die Große Koalition rigoros, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Die Energiepolitik der letzten Jahre, die keinen klimapolitischen Erfolg verzeichnete, die Kosten steigen ließ und die Versorgungssicherheit – die noch gut ist – immer mehr gefährdet, wird fortgesetzt.

Dabei gibt es einige wohlklingende Formulierungen und Bekenntnisse im Text. Die Wettbewerbsfähigkeit sei Grundbedingung für eine erfolgreiche Energiewende. Man möchte die Wertschöpfungsketten und Industrie erhalten, und ab und zu taucht tatsächlich in Halbsätzen eine Marktorientierung auf.

Die konkreten vorgeschlagenen Maßnahmen stellen diese Bekenntnisse allerdings in Frage. Im Bereich des Subventionsmonsters EEG werden keine marktwirtschaftlichen Reformen skizziert, ganz zu schweigen von einem Ausstiegsdatum.

Die angestrebte „Technologieoffenheit“ bleibt durch den Beschluss technologiespezifischer Förderungen ein Lippenbekenntnis. Man spricht über die Aufnahmefähigkeit der Netze, die bereits heute nicht gegeben ist, um dann Sonderausschreibungen für erneuerbare Energien festzuhalten.

Darüber hinaus werden weitere Reglementierungen Einzug halten. Die Gemeinden sollen an der Wertschöpfung beteiligt werden. Das wird heute bereits privatwirtschaftlich oft realisiert. Warum dieser Zwang notwendig ist und wie der Staat das bewerkstelligen will, wird nicht erklärt. Eine regionale Steuerung soll ebenfalls implementiert werden. Zukünftig sollen mehr teure Anlagen in windschwachen Regionen gefördert werden, auf Kosten des Verbrauchers.

Auch das Bekenntnis zum Klimaschutzplan 2050, welcher vor planwirtschaftlichen Instrumenten strotzt und die gesamte Wirtschaft mit Sektorzielen und exakten Maßnahmen durchreglementiert, ist kein Fortschritt, sondern eine Drohung - sowohl in ökologischer als auch in ökonomischer Hinsicht.

Positiv sind nur das Ziel eines globalen Emissionshandels und eine umfassende Beschäftigung mit dem Netzausbau. Leider zeigt die Vergangenheit, dass im konkreten politischen Geschäft die Klientelinteressen der Erneuerbaren-Branche mehr Beachtung finden als sinnvolle Reformen.

Insgesamt muss die skizzierte Energiepolitik als stures Weitermarschieren in die falsche Richtung interpretiert werden. Dabei wäre es wirklich überfällig, die Scheuklappen abzulegen und wirklich sinnvolle Klimapolitik zu betreiben.